



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 02.04.2014, 18:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Erfahrungsbericht KOD

Vorl.Nr. 066/14

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert EBM **Seigfried**, unterlegt anhand eines Bildes, dass Ludwigsburg mit vier Projekten beim Bildungskongress der drei Landesverbände auf der Stuttgarter Messe vertreten gewesen sei. Er spricht den Mitarbeitern für ihr Engagement Dank aus.

In die Tagesordnung einsteigend verweist EBM **Seigfried** einleitend auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 066/14 und führt in den Sachverhalt ein.

Zum Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) Bericht erstattend erläutert Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) anhand einer Powerpoint-Präsentation die wesentlichen Punkte der Vorlage und geht auf künftige Schwerpunkte ein. Er stellt dem Gremium die anwesenden neuen Mitarbeiter persönlich vor und erläutert das Ausbildungskonzept der Stadt Ludwigsburg.

In der nachfolgenden Aussprache lobt Stadtrat **Herrmann** die Arbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes. Wichtig sei, dass die Zusammenarbeit mit dem Polizeivollzugsdienst funktioniere. Kontrollbedarf sehe man auch beim ruhenden Verkehr in der Wilhelmstraße. Zum Thema Vermüllung bitte man die Stadtverwaltung um Prüfung, ob die TDL in bestimmten Bereichen an den Tagen Freitag und Samstag die vorhandenen überfüllten Müllbehältnisse leeren könne.

Stadtrat **Daferner** bedauert, dass ein kommunaler Ordnungsdienst nötig ist und bedankt sich im Namen seiner Fraktion bei den Mitarbeitern für die gute Arbeit. Er hält die Qualifikation im Rahmen der Ausbildung für sehr wichtig. Die Aufgabe des KOD bestehe darin, zu deeskalieren und präventiv zu wirken.

Für seine Fraktion spricht Stadtrat **Kirnbauer** den Mitarbeitern des KOD ebenfalls Dank aus. Ursprünglich habe der KOD in den Stadtteilen verstärkt eingesetzt werden sollen. Am Beispiel Hoheneck regt er bezüglich der Müllproblematik an, im Bereich von Plätzen mehr Mülleimer aufzustellen, damit der Müll ordnungsgemäß entsorgt werden könne.

Stadtrat **Dr. Vierling** begrüßt die verstärkte Abdeckung des Bahnhofbereiches durch den KOD, erinnert jedoch daran, dass kommunale Ordnungshüter keine Streetworker seien. Man dürfe die Vorsorge nicht außer Acht lassen. Zur Kontrolltätigkeit des KOD falle ihm insbesondere eine intensive Bestreifung der Schulhöfe auf. Dadurch seien die Ordnungskräfte von den eigentlichen sicherheitsrelevanten Aufgaben abgelenkt.

Stadtrat **Heer** betrachtet den KOD als ein Ordnungsinstrument, das der Stadt begleitend zur Seite steht. Die öffentliche Sicherheit sei aber nicht nur eine Aufgabe der Kommune sondern auch des Polizeipräsidiums. Insofern sei es richtig, den Schulterschluss zu suchen. Er spricht den Dank seiner Fraktion für die Arbeit aus.

Herr **Winkler** und Herr **Balzer** (FB Sicherheit und Ordnung) beantworten im Anschluss die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen, insbesondere zu den Kontrollen des ruhenden Verkehrs in der Wilhelmstraße, der Präsenz des KOD in den Stadtteilen, der Kontrolle des Parkens auf Radstreifen und zur Situation auf dem Akademiehof. Die Anregungen zum Thema Müllbeseitigung werde man bei den Technischen Diensten Ludwigsburg (TDL) einspeisen.

Stadtrat **Kromer** regt ein Rauchverbot auf Spielplätzen an.

Herr **Winkler** berichtet von den bisherigen positiven Erfahrungen mit einer durchgeführten Erprobung. Zielsetzung sei, ein Rauchverbot auf den Spielplätzen noch in diesem Jahr umzusetzen.

Auf Anfrage von Stadträtin **Klett-Heuchert** berichtet Herr **Balzer** über die Planung, eine Toilettenanlage auf dem Akademiehof einzurichten.

TOP 2

Projekt "Aufsuchende sekundärpräventive Arbeit" ASPA - Entscheidung über die Weiterfinanzierung

Vorl.Nr. 102/14

Beschluss:

1. Der Caritas-Verband Ludwigsburg-Waiblingen-Enz erhält für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 zur Fortführung seiner aufsuchenden sekundärpräventiven Arbeit an den Innenstadtschulen Ludwigsburgs (ASPA) einen Förderungsbeitrag in Höhe von 25.000 Euro/Jahr (s. Kostenaufstellung/Anlage zur Vorl.Nr. 102/14). Diese Förderung wird im Rahmen eines Vertrags über eine Leistungsvereinbarung festgelegt.
2. Nach Ablauf eines Rechnungsjahrs ist ein Verwendungsnachweis in Form eines Auszugs aus der Jahresrechnung sowie ein Tätigkeitsbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 102/14.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadträtin **Kopf** in dem Bericht Begründung und

Notwendigkeit, die Weiterführung dieser Maßnahme an den Schulen zu finanzieren. Ihre Fraktion stimme der Vorlage zu.

Bedauernd entnimmt Stadtrat **Daferner** dem Bericht, dass trotz der präventiven Arbeit von einer Entwarnung nicht die Rede sein könne. Vermisst habe er insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit. Auch seiner Fraktion sei eine Weiterfinanzierung wichtig und spreche der Caritas Dank aus.

Stadträtin **Moersch** bringt für ihre Fraktion die Wichtigkeit der aufsuchenden sekundärpräventiven Arbeit zum Ausdruck wie auch Ergebnisse zur Wirksamkeit. Sie stellt weiter fest, dass die Notwendigkeit solcher Projekte eigentlich eine Aufgabe des Landes wäre. Man fordere die Stadt auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, das Land in eine Förderung dieser Aufgaben mit einzubeziehen.

Stadtrat **Dr. Vierling** sieht erfreuliche Fortschritte beispielsweise im Hinblick auf das Rauchen von Jugendlichen. Er bedankt sich für die geleistete Arbeit.

Stadtrat **Heer** erklärt ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage und Fortführung der Förderung.

Auch Stadträtin **Lange** hält den Beschlussvorschlag für unterstützungswürdig.

Abschließend bittet EBM **Seigfried** um Beschlussfassung über die Vorl.Nr. 102/14.

TOP 3	Schulsozialarbeit an Grundschulen - Ausweitung weiterer Stellen	Vorl.Nr. 101/14
-------	---	-----------------

Abweichender Beschluss:

1. Die Oststadtschule II und die Schlößlesfeldschule erhalten ab dem Schuljahr 2014/15 je 0,5 Stellen Schulsozialarbeit.
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah zu prüfen, ob für die Friedensschule durch Umschichtung von personellen Ressourcen ebenfalls eine 0,5 Stelle bereitgestellt werden kann oder gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden können.*
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorhandenen Träger der Schulsozialarbeit hinsichtlich ihres Interesses abzufragen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 101/14 und begrüßt die anwesenden Schulleiterinnen Frau Bergold (Oststadtschule II), Frau Ehring (Friedensschule) und Frau Schick (Schlößlesfeldschule).

Jugendreferent Herr **Ziegler** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert nachfolgend die Vorlage und macht zur Verdeutlichung anhand einer Powerpoint-Präsentation Ausführungen zur Erweiterung der Schulsozialarbeit an Grundschulen. Im Hinblick auf die Vergabe der Schulsozialarbeit sei ein Kriterienkatalog erstellt worden, in den insbesondere stadtteilbezogene Kriterien sowie Schulspezifika einfließen würden. Anhand einer Übersicht zeigt Herr Ziegler die Grundschulbezirke mit Schulsozialarbeit auf und begründet die seitens der Verwaltung festgelegte Reihenfolge der Grundschulen, an denen weitere Schulsozialarbeit zum Tragen kommen sollte.

EBM **Seigfried** weist auf ein Schreiben der Schulleiterin der Friedensschule, Frau Ehring, hin, worin zum Ausdruck gebracht werde, dass sie mit der Bewertung der Reihenfolge nicht einverstanden sei und um eine nochmalige Überprüfung bitte.

In der nachfolgenden Aussprache bringt Stadträtin **Kreiser** für ihre Fraktion zum Ausdruck, man begrüße die Schulsozialarbeit an den Grundschulen. Man sehe jedoch auch bei der Friedensschule einen gewissen Bedarf an Schulsozialarbeit.

Stadtrat **Daferner** erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage. Mit Blick auf den hohen Migrantenanteil erkenne man jedoch ebenfalls die Notwendigkeit bei der Friedensschule und bitte, diesbezüglich nochmals Überlegungen anzustellen. Wichtig wäre aus seiner Sicht, schnellstmöglich eine gesamt-konzeptionelle Betrachtung im Bereich der Schulsozialarbeit in Ludwigsburg insgesamt vorzunehmen.

Stadträtin **Moersch** betont die Wirksamkeit und Notwendigkeit der Schulsozialarbeit. Ihre Fraktion sehe die Kriterien auch bei der Friedensschule erfüllt und sehe auch hier eine Notwendigkeit. Bei der grundsätzlichen Frage der Finanzierung der Schulsozialarbeit müsse das Land in die Pflicht genommen werden. Sie halte Schulsozialarbeit an allen Schulen für notwendig, auch an den Gymnasien.

Stadtrat **Dr. Vierling** sieht deutliche Fortschritte in der Schulsozialarbeit in Ludwigsburg und lobt die Landesregierung für die Förderung.

Stadtrat **Heer** unterstreicht die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit. Er weist auf einen redaktionellen Fehler unter Ziffer 2.3.1 auf Seite 4 der Vorlage hin, wonach es anstelle „Friedensschule“ richtigerweise „Schlößlesfeldschule“ lauten müsse. Seine Fraktion halte die Auswahl der Schulen für richtig und stimme dem Verwaltungsvorschlag zu.

Auch Stadträtin **Lange** erklärt ihre Zustimmung zur Vorlage. Sie stelle sich jedoch die Frage, warum die Friedensschule nicht in der Auswahl dabei ist.

EBM **Seigfried** geht nachfolgend erläuternd insbesondere auf die Hintergründe, Zusammenhänge sowie die Verteilung der Schulsozialarbeit ein. Man habe sich bemüht, nach objektivierbaren Kriterien eine Entscheidung zu treffen. Jedoch sei man nicht in der Lage, jeden Belang zu bedienen.

Im Anschluss beantwortet Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) aufgeworfene Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums. Sie geht dabei insbesondere auf die Aspekte für die Entscheidungsfindung ein. Vom Grundsatz her sehe man einen Bedarf an allen drei antragstellenden Grundschulen, jedoch stünden finanzielle Mittel nur für zwei Schulen zur Verfügung. Ein hoher Anteil an Kinder mit Migrationshintergrund in der Friedensschule bedeute noch nicht, dass dies eine Brennpunktschule darstelle.

Stadtrat **Herrmann** bittet, bei den Haushaltsberatungen künftig die Sachlage klar darzulegen und offen zu kommunizieren. So hätte man gegebenenfalls an anderer Stelle Einsparungen vornehmen können, um an allen drei Schulen Schulsozialarbeit zu ermöglichen.

Stadtrat **Glasbrenner** bestätigt, dass man von den Fakten Kenntnis haben müsse. Seine Fraktion würde begrüßen, wenn über den vorliegenden Beschlussvorschlag hinaus eine Beschlussfassung ebenso über die Friedensschule erfolgen würde. Die Problematik an den Schulen sei vergleichbar.

Stadtrat **Heer** bemerkt, dass auch andere Grundschulen möglicherweise Bedarfe hätten und man somit an alle Schulen herantreten müsste.

Erinnernd mahnt Stadtrat **Daferner** eine Gesamtkonzeption an und bittet, zum Ende der Debatte zu kommen.

Frau **Schmetz** verweist im Zusammenhang mit dem Thema Schulsozialarbeit auf die großen Veränderungen in der Schulentwicklung. Diese Veränderungsprozesse müssten aufgegriffen und ein Gesamtkonzept entwickelt werden.

Im Anschluss das Ergebnis der intensiven Beratung aufgreifend macht EBM **Seigfried** in Abweichung zum vorliegenden Vorschlag der Verwaltung unter Ziffer 2 folgenden Formulierungsvorschlag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah zu prüfen, ob für die Friedensschule durch Umschichtung von personellen Ressourcen ebenfalls eine 0,5 Stelle bereitgestellt werden kann oder gegebenenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt werden können.“

EBM **Seigfried** stellt daraufhin den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 101/14 abweichend, unter Hinzufügung von Ziffer 2, im Gremium zur Abstimmung, wonach seitens der Verwaltung des Weiteren geprüft werden solle, ob für die Friedensschule ebenfalls eine halbe Stelle bereitgestellt werden könne. Mit dem Prüfergebnis komme man dann wieder zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales.

TOP 4 Auswirkungen der globalen Minderausgabe 2014 - Mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** berichtet einleitend in Bezug auf die Auswirkungen der globalen Minderaufwendungen im Dezernat II im Jahr 2014. Anhand einer Tabelle geht er erläuternd auf die einzelnen Positionen Fachbereich, Gesamtvolumen des Haushalts, Vorgabe, den vorgesehenen Sparbeitrag und die jeweilige Maßnahme ein. Betroffen seien im Dezernat II die Fachbereiche Bürgerschaftliches Engagement, Sicherheit und Ordnung, Bürgerdienste sowie der Fachbereich Bildung, Familie, Sport mit einer Einsparungssumme in Höhe von insgesamt 246.945 Euro. Eine Beratung der in diesem Zusammenhang entwickelten Vorschläge sei für die Sitzung des Gemeinderats am 29.04.2014 vorgesehen.

Für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich erläutern nachfolgend Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement), Herr **Albrecht** (FB Bürgerdienste) sowie Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) den Sparbeitrag und die entsprechende Maßnahme in ihrem Fachbereich.

Im Rahmen der nachfolgenden kurzen Aussprache beantwortet EBM **Seigfried** aufgeworfene Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums. Bezug nehmend auf die Einsparmaßnahme im Fachbereich Bildung, Familie, Sport erläutert er, dass als Konsequenz eine Flexibilisierung der Betreuungszeit in Kindertageseinrichtungen, bezogen auf das in der Organisation schwierige modulare Abnehmen von Betreuungsstunden, nur durchgeführt würde, wenn sie nicht zu Mehrkosten führe.

Beratungsverlauf:

Einleitend führt EBM **Seigfried** kurz in den Sachverhalt ein.

Frau **Müller** (FB Ehrenamtliches Engagement) berichtet nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation zum Ehrenamtlichen Dolmetscherdienst und geht erläuternd auf die Zahlen, Daten, Fakten, Einsatzarten und Zielsetzung ein. Vom ehrenamtlichen Dolmetscherdienst würden 22 Sprachen und Dialekte abgedeckt. Als Ausblick sei insbesondere ein weiterer Ausbau der Vernetzung vorgesehen.

Im Anschluss stellen die ehrenamtlichen Dolmetscherinnen Frau **Schell**, Frau **Mujkanovic** sowie Dolmetscher Herr **Cam** im Gremium kurz Motivation und Beweggründe ihrer Arbeit im Bereich des Ehrenamtlichen Dolmetscherdienstes dar.

Auf Anfrage von Stadtrat **Herrmann** geht Frau **Müller** kurz erläuternd auf die Abdeckung der Sprachen und die personelle Ausstattung im Bereich des freiwilligen Dolmetscherdienstes ein.